

Bürgerinitiativen wollen das Amtsgeheimnis kippen

Aktion21 - Vor mehr als einem Jahr formierte sich die *aktion21* als Plattform von 22 Wiener Bürgerinitiativen (BI), darunter Wien-Mitte, Kometgründe, Rothneusiedl, Flötzersteig, Hauptbahnhof oder Augarten.

Mittwoch zogen die Aktivisten der inzwischen 30 vertretenen BI's eine teils ernüchternde Bilanz. „Es gibt viel mehr Missstände als man glauben will. In den Medien erscheint eine kurze Notiz, dann geht man zur Tagesordnung über. Das liegt daran, dass die Politik keinen Wert auf die Meinung der Bevölkerung legt“, findet Plattform-Vorstand Helmut Hofmann.

Die existierenden und gesetzlich verankerten Formen der Bürgerbeteiligung beschränkten sich in der Praxis auf Papierverkehr oder Einrichtungen wie Grätzelmanagement, Gebietsbetreuung oder Lokale Agenda 21.

„Die haben sicher ihre Daseinsberechtigung, wenn es um neue Blumentröge oder die Ausgestaltung öffentlicher Plätze geht. Für Vorhaben von größerer Bedeutung, die ei-

ne große Zahl von Bürgern in ihrer Lebensqualität beeinträchtigen können, sind sie nicht geeignet“, meint Hofmann.

Unterstützung holten sich die BI's von Hubert Sickinger, Vizepräsident von *transparency international*, das in fast 100 Ländern in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Transparenz tätig ist.



Helmut Hofmann: „Transparenz nötig“

Zugang „Vor allem in Skandinavien hat die Öffentlichkeit völligen Zugang zu allen Inhalten und Entscheidungsgrundlagen der Verwaltung – von Gut-

achten über Pläne bis zu Protokollen. Dort gibt es auch Bürger, die sich die Informationen abholen. Bei uns herrscht noch traditionell das Amtsgeheimnis“, berichtet Sickinger.

Für Aktivisten ist es mehr Fluch als Segen. „Die BI's bilden sich erst dann, wenn die Bürger von den Plänen erfahren und die Widmungen schon im Laufen sind. Dann ist aber fast zu spät“, so Hofmann. – Josef Rietveld

 **INTERNET**

www.aktion21.at

www.ti-austria.at

Kurier

Donnerstag, 21.02.2008